

BRUNNEN



Exklusiv-Interview
mit Juan Ignacio Ramos,
Vorsitzender der spanischen
Schülergewerkschaft SEEM
Seite 3

für SPD, Jusos, Falken, Gewerkschaften

Schülerbewegung in Spanien: zwischen Dezember und Februar streikten bis zu 2,5 Millionen Schüler und Studenten in vielen Städten Spaniens.



Europas Jugend muickt auf!

Für Bildung und Arbeit

Der erfolgreiche Streik der spanischen Jugend war mit dem französischen Studentenprotest der vorläufige Höhepunkt von Schüler- und Studentenstreikbewegungen der letzten zwei Jahre in Europa. Seit 1984 gab es Schülerstreiks in Großbritannien, Irland und Italien. In Belgien ging 1985 aus Schülerstreiks die Gründung einer Schülergewerkschaft hervor, ebenso wie aus dem ersten spanischen Schülerstreik vor über einem Jahr. Über Griechenland rollte in den letzten Monaten eine Streikwelle in Schulen und Fabriken. Auch in Mexiko streikten hundertausend Studenten gegen Zulassungsbeschränkungen zur Universität.

In vielen Ländern Europas revoltiert die Jugend gegen Kürzungen im Bildungsbereich, schlechte Berufsaussichten und Lebensperspektiven. Und gekürzt wird überall — egal ob bürgerliche oder linke Regierungen im Amt sind.

Die Jugend ist Barometer für Unruhe und Unzufriedenheit in der Gesellschaft. In diesem Sinne sind auch die Studentenproteste in der Sowjetunion und China zu verstehen, die sich dort vor allem gegen den erstickenden Druck einer diktatorischen Bürokratie richten.

In Spanien strakten von Dezember bis Februar bis zu 2,5 Millionen Schüler. Ihre Unruhe war auch ein Signal für die Arbeiter. Dies ist kein Wunder bei der unsozialen Kürzungspolitik der Regierung. Jeder zweite Schläbgbänger in Spanien weiß schon heute, daß er keinen Arbeitsplatz finden wird. So beträgt die

sie bei der Spar- und Kürzungspolitik in provozierender Selbstgefälligkeit eine noch härtere Gangart an den Tag. Als Gipfel der Widerwärtigkeiten kann man die Streichung des Arbeitslosengeldes für die saisonalen Landarbeiter in Südwestspanien bezeichnen.

Inzwischen hegen laut Umfragen 74% aller spanischen Jugendlichen keine Hoffnung mehr in den Kapitalismus. Eine spontane Schülerbewegung hätte trotz dieser Fakten nicht hervorrangenden Organisation der Schülergewerkschaft SEEM möglich, die von der marxistischen Tendenz um die Zeitung „Nuevo Claridad“ (Neue Klarheit) vor über einem Jahr gegründet wurde. Unter der marxistischen Führung orientierte sich die SEEM von Anfang an an den beiden großen Gewerkschaftsbündeln UGT (der PSOE nahestehend) und CCOO (der KP nahestehend).

Als auch verschiedene Teile der Gewerkschaftsbewegung, vor allem die CCOO, und die Landarbeiter in den Streik traten, gab die Regierung nach. Bildungsminister Maravall, der selbst im Mai 1968 in Frankreich eine aktive Rolle gespielt hatte, mußte enorme Zugeständnisse machen (siehe Interview Seite 3).

Lehren für die BRD

Die Kultusministerkonferenz plant jetzt in der BRD den Zugang für Arbeiterkinder durch die weitere Deformierung der „reformierten Oberstufe“ zu erschweren. Von ihr wird nach den schrittweisen Verschlechterungen seit 1978 nichts mehr übrig bleiben. 1983 hatte die

Kohlregierung das Studentenbafög in Darlehen umgewandelt und das Schülerbafög ganz abgeschafft. Nach Untersuchungen des DGB geht der Anteil der Arbeiterkinder auf der Oberstufe und in den Unis zurück. Bayern und Baden-Württemberg drohen mit Zulassungsbeschränkungen für ihre Unis. Dagegen ist jetzt Widerstand nötig.

Die Jusos können, wenn sie sich die Lehren der internationalen Schülerstreiks zu eigen machen, das organisierende Zentrum einer noch nie dagewesenen Schülerstreikbewegung werden. Dafür ist aber eine schon jetzt beginnende Mobilisierung nötig.

Frank Habermann, Schüler, Köln
stetly-AG-Vorsitzender
Rodenkirchen-West



Die spanische Polizei ging oft gewaltsam gegen die Schülerdemonstrationen vor. Die 16jährige Luisa Prada wurde durch eine Polizeikugel verletzt.

Konjunktur- Lüge und Steuerricks

Die unendliche Geschichte der Koalitionsverhandlungen machte deutlich: die bürgerlichen Parteien sind sich völlig uneins über den einzuschlagenden Weg, sie können sich kaum zu konkreten Maßnahmen durchringen. Vor allem der CDU stecken die herben Verluste bei den Wahlen in den Knochen.

In Anbetracht der Landtagswahlen dieses Jahres möchte die Ankündigung allzu drastischer Spar- und Kürzungsmaßnahmen vermeiden.

Die vor der Wahl zur Schau getragene Zuversicht über die Konjunkturaussichten ist verschwunden. Kaum hatte man sich über den Wahltag geteert, da sprang die offizielle Arbeitslosenzahl auf 2,5 Millionen, da korrigierten Wirtschafts-institute ihre Wachstumsprognosen nach unten, da sanken die Börsenkurse. Die Konjunkturflüge der Regierung hatte wahrlich kurze Beine.

Prunkstück der Koalitionsverhandlungen soll die sogenannte „große Steuerreform“ sein. Ihr werden wahre Wunderkräfte zugeschrieben: Sie soll die „Leistungsbeiratschaft“ erhöhen, die Unternehmer ermunten, die Kaufkraft zu erhöhen und der sterbenden Konjunktur neues Leben einhauchen. Alles auf einmal, versteht sich.

Die „Reform“ umfaßt vor allem den Abbau von Steuern für die Reichen, z. B. durch Senkung des Spitzensteuersatzes von 55% auf 53%, Senkung der Körperschaftsteuer für große Unternehmen sogar von 56% auf 50%, erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten.

Das Ganze ist garniert mit ein paar „Sozialplästerchen“ wie die Anhebung der Grundrenteerträge und die Senkung des Eingangssteuersatzes von 22% auf 19%. Von der geplanten Erhöhung des Kinderfreibetrages profitieren bekanntlich große Einkommensbezieher mehr als kleine.

Die Reform soll insgesamt 44 Milliarden DM kosten, die Stoltenberg durch „Subventionsabbau“ und Erhöhung indirekter Steuern herbeileben will. Wo der Konjunkturlebende Effekt bleiben soll, wenn der Masse der Verbraucher durch Erhöhung indirekter Steuern mit der rechten Hand wieder genommen wird, was die linke Hand zuvor an Steuerkürneln ausgestreut hat, bleibt das Geheimnis der Regierung. Und „Subventionsabbau“ wird auch heißen: Kahlschlag in kranken Industriezweigen, mehr Arbeitslosigkeit, weniger Kaufkraft. Das alles vor dem Hintergrund eines bald hereinbrechenden Abschwungs (siehe adzu auch Seiten 4 und 5).

Eins läßt sich voraussagen: dies wird die turbulenteste Amtsperiode einer Bundesregierung seit 1949. Ob die Regierung, und besonders Kohl, sie überhaupt überstehen wird, ist durchaus fraglich. Dies wird vor allem davon abhängen, ob die SPD offensive und konsequente Oppositionspolitik betreibt.

Bruno Hof, Aachen
Jungsozialist

VORAN

zur sozialistischen Demokratie
Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaft

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.
Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öflinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221 / 1345 04

Bankverbindung: PGirolA Essen, Konto-Nr. 2500 59-430

Druck: G. Lutz, Direner Str. 165a, 5000 Köln 1

KAMPFUNDEN

Ergebnis:
47.911,33 DM

Riesenerfolge!

Wir haben unser Ziel erreicht — und sogar durchbrochen! Am 31.1.87 schlossen wir unsere Spendenkampagne (Ziel: 45.000,- DM) mit dem großartigen Ergebnis von 47.911,33 DM ab. Dank der Teilnehmer am letzten bundesweiten Seminar im Dezember (und auch anderer VORAN-Unterstützer, die nicht da sein konnten), die insgesamt 15.109,51 DM spendeten, wurde das Ziel erreicht.

Hier wollen wir auch einige Leser erwähnen, die außer dieser Sammlung mit ihrer persönlichen Spende zum guten Ergebnis beigetragen haben:

Klaus Pfeiffer, Bremerhaven, 32,- DM; W. Lütgens, Schüller, Lübeck, 10,- DM; T. Gräßer, Schüller, und C. Volkschmid, Stuttgart, 2,- DM und 1,45 DM — kleine Beiträge, aber große Opfer!

Außerdem haben viele Leser den Wahlkampf gewinnbringend genutzt: so brachten in Göttingen und Wiesbaden Wahlwerten jeweils 30,- DM ein. In Wiesbaden haben drei Leser die Auvyandentschädigung als Wahlbeisitzer überwiesen (70,- DM).

Dies festliche Jahreszeit war auch eine gute Zeit für den Kampffonds: z.B. in Stuttgart erwirtschafteten Leser durch eine VORAN-Silvester-einen Überschuß von 165,30 DM. In

Lübeck gab ein Leser zwei Musikkonzerte zugunsten des Kampffonds mit einem Gesamterlös von 300,- DM.

Was wollen wir mit dem Geld machen? Zunächst haben wir natürlich laufende Kosten, die monatlich belastet werden müssen. Darüber hinaus sind wir nun in der Lage, eine Rücklage für zukünftige größere Anschaffungen zu bilden. Einen Fotokopierer haben wir bereits erworben. Als nächste Anschaffung denken wir an einen Personal Computer, der die verwaltungstechnische Arbeit in der Redaktion verringert.

Wir wollen jetzt einen Grundstock für Erweiterungen anlegen, um die Zeitung öfter herausgeben zu können.

Nach der Wahlniederlage der SPD ist dies nötiger denn je. VORAN hat bereits frühzeitig auf die Fehler in der Wahlkampfleitung hingewiesen und ein Programm angeboten, das die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend hätte überzeugen können, der SPD wieder ihr Vertrauen zu geben. Deshalb hilft mit, bis zum 1. Mai 26.000,- DM zu sammeln. Wenn unsere Leser nochmal alles dransetzen, werden wir auch diesmal unser Ziel erreichen.

F. Garvie, Redaktion Köln



Spendenkonto
VORAN
Pciba Essen
2500 59-430

Der Kommentar

Programm und Taten

Der Bruch der hessischen rotgrünen Koalition und Dohnanys Verhandlungen mit der Hamburger CDU zeigen erneut in aller Schärfe, wie dringend notwendig eine echte Erneuerung der SPD ist. Die hessischen Parteirechten Bönner und Steger haben die Mitgliedschaft vor vollendete Tatsachen gestellt, und prominente Linke im süd-hessischen Bezirksvorstand haben sich dafür stark gemacht, daß Steger trotz starker Kritik der Basis doch noch einen sicheren Listenplatz bekam.

Manche SPD-Linke mögen denken, daß „das mit dem Oskar“ schon so gut wie beschlossene Sache, und daher ein großer Kampf der Linken gar nicht mehr nötig sei. Doch von nichts kommt nichts. Und letzten Endes macht auch ein Oskar Lafontaine alleine noch keine linke und sozialistische SPD.

Nach wie vor hat der rechte Parteiflügel starke Bastionen im SPD-Apparat. In der neuen Bundestagsaktion ist die „parlamentarische Linke“ bei den entscheidenden Wahlen klar abgeschlagen worden. Es ist sicher, daß die im „Seehemer Kreis“ zusammengeschlossenen ehemaligen „Kanalarbeiter“ nicht bereit sein werden, ihren Einfluß und ihre Positionen einfach den Linken zu übergeben.

Als Oskar Lafontaine Anfang der 80er Jahre mit seiner Kritik an der Schmidt-Regierung in Fragen wie Atomenergie und Raketenstationierung immer populärer wurde, da wollten einige der Parteirechten ihn kurzerhand ausschließen — so kann man es in den Memoiren von Peter Glotz nachlesen. Weil Lafontaine damals im Gegensatz zu vielen anderen „Linken“ so mutig den Mund aufgemacht hat, trauen ihm viele Mitglieder zu, daß er „zu seiner Meinung steht“.

Linker Massenflügel

Aber ohne das Rückgrat eines in den Ortsvereinen und Betrieben verankerten linken Massenflügels wird auch eine noch so ehrliche Person unter starken Anpassungsdruck kommen. Felipe Gonzalez wurde vor 10 Jahren als der linke Erneuerer der spanischen PSOE gefeiert und betreibt jetzt eine rechte Wirtschaftspolitik, die ihm das Lob der Banken und die Revolte von Schülern und Arbeitern einbringt. Neil Kinnock ist als „Linker“ an die Spitze der britischen Labour-Party gelangt und hat einen politischen Rechtschwank vollzogen, noch bevor er überhaupt Regierungschef ist.

Die offiziellen Parteilinken um den „Frankfurter Kreis“ haben bisher nicht mal den Ansatz einer politischen und personellen Kampagne zur Erneuerung der SPD fertiggebracht. Dabei sind nicht mal alle „Linken“ für Lafontaine als neuen Parteivorsitzenden — der Köhner Abgeordnete und ehemalige Falken-Bundesvorsitzende Gilges würde beispielsweise lieber Vogel unterstützen.

Zur sozialistischen Erneuerung der SPD gehört zuerst einmal ein kämpferisches sozialistisches Programm, das die Notwendigkeit der Abschaffung des kapitalistischen Chaos erklärt und die Vorteile einer demokratischen Planwirtschaft aufzeigt. Das Lahnsteiner Juso-Programm von 1981 mit seiner Liste zur Vergesellschaftung der 100 wichtigsten Großkonzerne könnte — trotz mancher Schwächen — als erste Vorlage eines solchen Programms dienen. Doch führende Juso-Genossen scheinen ihre eigenen Beschlüsse weiter vor der Öffentlichkeit verstecken zu wollen. Und die krasse Sparpolitik, wie sie die SPD in Bundesländern und Kommunen betreibt und auch von Linken wie Henning Scherf und Oskar Lafontaine mitgetragen wird, könnte den Wiederaufstieg der SPD mindestens bremsen.

Einfluß stärken

Lafontaine hat immer wieder darauf hingewiesen, daß angesichts der hoffnungslosen, historisch gewachsenen Finanzkrise des Saarlandes zur Sparpolitik „keine Alternative“ bestehe, damit das Land von Bonn mehr Unterstützung bekommt. Wenn aber Bonn keine Gelder bereitstellt — was dann? Weiter eisen sparen, also CDU-Politik mit SPD-Etikette? Warum nicht lieber die Arbeiter, Angestellten und Beamten im ganzen Saarland zum Generalstreik aufrufen, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen? Was Lafontaine 1983 zum Widerstand gegen die Raketenstationierung vorgeschlagen hat, könnte 1987 zu einer entscheidenden Waffe gegen das finanzielle Ausbluten der Länder und Gemeinden werden. So könnte vor allem auch in der Tar ein Bruch mit den alten SPD-Politik dokumentiert werden.

Doch anstatt die Linke zu koordinieren und auf den Kampf um die Mehrheit in der Partei vorzubereiten, empfiehlt jetzt „Vordenker“ Erhard Eppler dem Oskar, durch ein klares Bekenntnis zur NATO als kommender Parteiführer auch für den rechten Flügel tragbar zu werden.

Die anstehenden gesellschaftlichen und betrieblichen Konflikte geben der SPD-Linken genug Chancen, um ihren Einfluß zu stärken. So die Kampagne zum Volkszählungsboykott und der Kampf um die 35-Stunden-Woche. In den anstehenden Landtagswahlen kämpften sollte jedes linke SPD-Mitglied erhobenen Hauptes für ein sozialistisches Programm eintreten und unter kritischen Jugendlichen und Arbeitern die Neumitglieder gewinnen, mit denen eine sozialistische Instandsetzung der SPD auch wirklich zu schaffen ist.

FÜR OFFENSIVE SPD-POLITIK

Es ist richtig, wenn SPD-Spitzenpolitiker sich bemühen, den Blick nach vorn zu richten und das Regierunagslager aufs Korn zu nehmen. Doch darüber darf die Verarbeitlung der Wahlniederlage nicht in den Hintergrund gedrängt werden. Denn schließlich hat die konservative Regierung 4 Jahre lang eine Skandalpolitik geleitet, aus der die SPD-Oppositionspolitik dennoch nicht viel gewinnen konnte.

Den berühmten „Wahlkampf der Mitte“ hat die Parteiführung ja jetzt ausprobiert: personengebogener Sympathie-Feldzug, keine klaren politischen Aussagen, Anpassung an rechte Vorurteile. Dieser Wahlkampf ist voll daneben gegangen. Denn unentschlossene Wähler entscheiden sich in der Regel gleich fürs Original, und nicht für die Kopie. Mit diesem Scheitern auf die „Mitte“ erreichte man nur, daß die Mitglieder- und Anhängerschaft nicht motiviert, die Arbeiterschaft nicht mobilisiert und große Teile der Jugend abgeschreckt werden.

Zu den sogenannten „Dienstleistungscentren“, in denen wir angeblich die „Mittelschicht“ nicht ansprechen konnten, ist festzustellen: auch in „Dienstleistungszentren“ leben überwiegend Lohnabhängige. Wir sollten das Spiel der Herrschenden, die Arbeiterklasse „soziologisch“ aufzusplitten, nicht mitmachen. Kleine Angestellte und Beamte gehören nicht zur „Mittelschicht“. Und diese lohnabhängigen Angestellten und Beamten haben sich auch nicht nach rechts gewandt. Den SPD-Verlusten entsprachen hohe Zugewinne der Grünen.

Auch die Wahlanalyse der Parteilinken greift zu kurz: Wir hatten so wieso keine Chance zur absoluten Mehrheit, die Absage an die Grünen wirkte daher entmutigend. Sicherlich war die sture Absage an eine rot-grüne Koalition völlig unsinnig: FDP/CDU-Koalition zu stützen. Doch eine absolute Mehrheit war durchaus nicht unrealistisch: nach den großen Wahlsiegen und Stimmszuwächsen im Saarland, in NRW und bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein lag die SPD zwischen Herbst 1985 und Frühjahr 1986 in den Umfragen bei 48% (CDU 39%). Im Regierungslager wurde zeitweise sogar offen über eine Ablösung Kohls diskutiert. Ge-

werkschaftliche Kampagnen gegen die Kürzungspolitik der Regierung und die Änderung des § 116 hatten eine mobilisierende Wirkung zugunsten der SPD.

Doch diese Chancen wurden durch die katastrophale Politik der Parteispitze und ihre Weigerung, den Kurs nach den Wahlniederlagen von Niedersachsen, Bayern und Hamburg zu ändern, verpatet.

Die Lösung kann jetzt auch nicht in der ausschließlichen Orientierung auf rot-grüne Bündnisse liegen. Vor allem müssen inhaltliche Konsequenzen gezogen werden:

- Aufgreifen der Probleme und Forderungen der Gewerkschaften und der Protestbewegungen, die mit einer sozialistischen Perspektive verbunden werden müssen. Einleitung der Atom-, Rüstungs-, Chemie- und Stahlindustrie, damit Arbeitsplätze erhalten, wirksamer Umweltschutz durchgesetzt, der Ausstieg aus gefährlicher Produktion, das Umrüsten auf gesellschaftlich nützliche Produkte ohne Arbeitsplatzverlust verwirklicht werden kann.
- In der bevorstehenden weltweiten Rezession wird die Arbeitslosigkeit weiter dramatisch in die Höhe schnellen: wir nähern uns wirtschaftlichen Verhältnissen wie Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre. Drastische Arbeitszeitverkürzung sowie Mindestlöhne und -renten von 1.500,- DM netto, von denen man auch existieren kann, sind nötig, um Massenarbeitslosigkeit und Verarmung entgegenzuwirken. Ein umfassendes Programm öffentlicher Ausgaben im Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Umwelt- und Wohnungs-wesen ist erforderlich. Doch das beste Reformprogramm ist nur so gut, wie die wirtschaftliche Grundlage es trägt. Und die kapitalistische Krisenwirtschaft ist nicht mehr tragfähig, sie hat nur noch Arbeitslosigkeit und Sozialabbau zu bieten. Ein Reformprogramm kann daher dauerhaft nur abgesehen werden, wenn alle Schlüsselindustrien in Staatseigentum überführt und eine gesamtgesellschaftliche, demokratische Planung der Wirtschaft aufgebaut wird.

Für dieses Programm muß in der Partei offensiv gekämpft werden. Zumal die Parteiführung offenbar ganz andere Schubfolgerungen zieht: man müsse rundum koalitionsfähig bleiben, und zunächst auf

Länderebene, aber auch punktuell auf Bundesebene eine Zusammenarbeit mit FDP und CDU anstreben. Unglücklicherweise erzählen auch Parteilinke wie Lafontaine oder Schröder die Geschichte von der „Koalitionsfähigkeit aller demokratischen Parteien“.

Ist denn aus den Erfahrungen mit Großer und Kleiner Koalition nichts gelernt worden? In einer solchen Koalition setzen sich letzten Endes Kapitalinteressen voll durch. Ist schon vergessen, wie in der sozialliberalen Koalition der Schwanz mit dem Hund wedelte? Wie die FDP als Bremse allzu „ehrigste“ Reformen abblockte? Wie sie den Beginn des sozialen Abbaus bestärkte? Die FDP ist kein „liberales Korrektiv“, sondern die kleine Partei des Großkapitals, von dessen Spenden sie abhängt wie keine andere Partei. Sie profitiert sich auf außen- und sicherheitspolitischem Gebiet nur, um Wähler zu täuschen. Aber die heftigsten arbeitfeindlichen Vorstöße in der Wirtschaftspolitik (§ 116, Karrenzahn, Ladenschluß) kommen von ihr. Viele Gesetzesverschärfungen und „Anti-Terrorgesetze“ wurden von ihr mitgetragen. Die FDP ist und war schon immer eine Partei der Wirtschaft. Sie ist es nicht erst seit der Wende geworden, wie manche SPD-Politiker behaupten.

Mit den Parteien des Kapitals kann und darf es keinen „Vorrat an Gemeinsamkeiten“ geben. Besonders in Krisenzeiten mit Arbeitslosigkeit und Sozialabbau stehen sich die Interessen von Arbeit und Kapital diametral entgegen. Die SPD muß die Interessen der arbeitenden Bevölkerung ohne Einschränkung vertreten. Alle Parteilinken müssen jedem Versuch von SPD-Rechten energisch entgegenzutreten, die FDP wieder hoffähig zu machen oder Große Koalitionen anzustreben.

Die SPD muß sozialistisch erneuert werden. Doch selbst ein gutes Programm und eine absolute Mehrheit allein reichen nicht aus. Wie die Erfahrungen mit den sozialistischen Regierungen in Frankreich unter Mitterand oder in Griechenland unter Papandreu zeigen, muß für eine unerwartete Offensive zum Sturz des Kapitals mobilisiert werden. Alles andere führt zur Krisenverantwortungspolitik, die sehr schnell die eigene Basis gegen die Partei aufbringt.

Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin

Jugend für Sozialismus

**Exklusiv-
Interview**

**Juan Ignacio Ramos, Vorsitzender der
spanischen Schülerschaft:**

„Wir haben die Gesellschaft aufgerüttelt“

**SINDIRTO
ESTUDIANTES**



Die spanische Schülerschaft „Sindicato de Estudiantes“ ist zu einer wichtigen politischen Kraft in Spanien geworden.



Juan Ignacio Ramos mit Marcelino Camacho, Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes CCOO, an der Spitze des Demonstrationenzuges vom 23. Februar 1987 in Madrid

gab es Verletzte, weil wir auf faschistische Übergriffe nicht genug gefaßt waren. Dann bauten wir aber schnell einen Ordnerdienst von 2.500 Jugendlichen auf, die mit Stöcken bewaffnet waren und heldenhaft den Erfolg unserer Demonstrationen absicherten.

Hattet Ihr auch Probleme mit Spaltungsversuchen von Sektierer?

Es gab Leute, die den Kampf nur auf Verzerfählungstaten wie Straßenblockaden, Schlägereien mit der Polizei, Steinwürfen auf das Ministerium und Hungerstreiks orientieren wollten. Wir haben dem eine politische und ernsthafte Orientierung auf die organisierte Arbeiterbewegung entgegengesetzt. Tausende von Info-tischen in Arbeitervereinen, auf Wochenmärkten und vor Betrieben waren durchschlagender als Kellereien

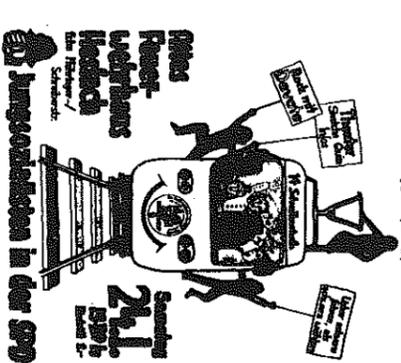
mit der Polizei und sinnlose Sachbeschädigungen. Unsere Ideen haben die ganze Gesellschaft aufgerüttelt. Hat der Kampf auch innerhalb der PSOE Auswirkungen gehabt?

Ja, er schlug in der Partei wie eine Bombe ein, weil außer uns Marxistern niemand einen solchen Kampf vorausgesehen hatte. Ehrliche linke Mitglieder haben sich von der Regierungspolitik distanziert, einzelne Funktionsträger sind sogar aus Protest ausgetreten. Die Basis der Jungsozialisten unterstützte unseren Kampf.

Jetzt ist in Spanien nichts mehr wie es war. Bei der Parlamentsdebatte über die Lage der Nation wurde unser Kampf ständig erwähnt. Die SEEM ist zu einer Kraft geworden, mit der man in Spanien rechnen muß.

.....

5. Schwarzfahrerfest gegen Terrorismus und Kapitalismus



Bereits zum 5. Mal veranstalteten die Stuttgarter Jungsozialisten ihr nun schon traditionelles „Schwarzfahrerfest“, zu dem rund 600 Besucher kamen. Damit protestierten die Jusos gegen die alljährlichen Tarifierhöhungen der Stuttgarter Verkehrsverbände. Den Teilnehmern wurde ein selbstgeschriebenes und einstudiertes Kabarett-Programm sowie viel Musik geboten. Natürlich war auch für das feibliche Wohl und die politische Information gesorgt. An den Büchertischen gab es politische Literatur sowie Informationen über das Ziel der Jusos: nämlich den Nulltarif im öffentlichen Nahverkehr. Auch diesmal kommenten die Jusos aus der Nulltarif-Kampagne wieder eine ganze Reihe neuer Aktivitäten gewinnen.

Marxismus-Stunde in der Schule

Vor kurzem sollte ich auf unserer Schule, der Berufsschule für metallverarbeitende Berufe in Stuttgart, die Möglichkeit bekommen, eine Schulstunde zum Thema „Marxismus und seine Bedeutung für die heutige Gesellschaft“ zu gestalten. Dies geschah im Rahmen des Gemeinschaftskundeunterrichts. Als Jungsozialist sollte man, wie der Name schon sagt, für den Sozialismus sein. Wer jedoch für den Sozialismus ist, muß erklären, was am Kapitalismus so schlecht ist. Widersprüche im Kapitalismus wie: Hunger und die Vernichtung von Nahrungsmitteln in der EG, Profitzuwächse im Aufschwung von 17% und Reallohnzuwächsen gleich Null, hohe Produktivität, große technische Möglichkeiten, gesellschaftlicher Reichtum und Arbeitslosigkeit, Armut — diese Themen standen deshalb im Mittelpunkt. Als Lösung stelle ich die sozialistische Arbeiterdemokratie zur Diskussion, in der es weder Kapitalisten gibt, die unter dem Zwang von Kon-

Gesellschaft von einer Krise in die nächste treiben, und damit uns Jugendlichen keine Perspektive bietet, noch Bürokraten wie in der DDR, die vom „Arbeiter- und Bauernstaat“ reden, in dem jedoch weder Arbeiter noch Bauern etwas zu sagen haben. Die Diskussion verlief nach anfänglichem Stillschweigen interessant. Kollegen, die sich noch nie mit dem Marxismus auseinandergesetzt hatten, stimmten in der negativen Beurteilung dem Kapitalismus zu. Bedenken nach der Durchführbarkeit des Sozialismus führten zur Frage des Bewußtseins — aber auch, ob die SPD-Führung diese Aufgaben lösen könne. Sicher ist aus dieser Stunde noch kein Sozialist hervorgegangen — aber Interesse, denn im Anschluß an die Unterrichtsstunde kauften fünf Kollegen VORAN. Ist das die Jugend, die nach rechts tendiert? Dann haben wir nichts zu befürchten. S. Fshah, Stuttgart, Jungsozialist

Was sind die Ergebnisse Eures Kampfes? Die Regierung hat uns weitgehend Zugeständnisse machen müssen:

- Abschaffung des Schulgelds in allen weiterführenden Schulen
- Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr
- Kapazitätsverweigerung an weiterführenden Schulen um 77.000 neue Plätze
- Abschaffung der Studiengebühren für alle Studenten aus Familien mit mindestens zwei Kindern und einem Nettojahreseinkommen unter 1,7 Millionen Pesetas (ca. 25.000,- DM) auf Basis von 14 Monatslöhnen

- Ausbildungsförderung für Studenten aus Familien mit mindestens 2 Kindern und einem Jahreseinkommen unter 1,44 Mio. Ptas. (ca. 21.600,- DM)
- Schaffung von 50.000 neuen überbetrieblichen Ausbildungsplätzen und Praktikantenstellen mit Ausbildervergütung; Kontrolle der Sicherheit- und Hygienevorschriften unter Einbeziehung der SEEM
- Stärkere Vertretung der Schüler bei den Schulkonferenzen
- wesentliche Abschwächung der Zulassungsbeschränkungen zu den Hochschulen.

Darüberhinaus hat der Erziehungs-

Angst vor VORAN?

Bernd Diesing, Frühlingstr. 2, 4300 Essen

An den SPD-Berirk-Westliches Westfalen z.Hd. G. Kompe, Geschäftsführer Leopoldstr. 16-20 4600 Dortmund 1

Liebe Genossinnen und Genossen! Ich bin seit 1982 aktives Mitglied der SPD, arbeite seit 1984 im Ortsvereinsvorstand Essen-Bredney und ebenso im Sportbeirat des Unterverzirks mit. Am 18.1. habe ich in eisiger Kälte ZAs verteilt. Doch was ich am Sonntag abend in der Westfalenhalle erleben mußte, widerspricht völlig den demokratischen und antifaschistischen Traditionen der SPD und der deutschen Arbeiterbewegung. Ich unterstütze die marxistische Zeitung VORAN, die als eine von mehreren Tendenzzeitungen in Jusos und SPD seit vielen Jahren erscheint und von mir persönlich wie auch anderswo vielfach bei Partei- und Juso-Veranstaltungen verkauft worden ist.

An diesem Abend gegen 20.30 Uhr wurde ich von hinten von einem Ordner angefallen, der mir ohne Ankündigung 10 VORAN-Exemplare

.....

Bundesweites VORAN-Seminar

geplante Themen:

- Gorbatshows Reformen - eine Revolution von oben?
- Nach der Bundestagswahl: Welche Perspektiven für Sozialisten?
- Die kommende Weltwirtschaftskrise

Mini-Aufschwung konnte Problem

BRD vor dem Abgriff



An den Börsen reagiert man feberhaft selbst auf kleine wirtschaftliche Veränderungen. Im September 1986 kam es schon zu einem mittleren Kurssturz an der New Yorker Börse: ein erstes Anzeichen für die kommende Rezession

Seit Jahresanfang 1983 haben wir in der Bundesrepublik Deutschland einen Mini-Wirtschaftsaufschwung erlebt. Jetzt hat die Rechtsregierung erneut einen Wahlsieg, wenn auch mit einigen Schrammen, davongetragen. Kanzler Kohl und sein Kabinett brüsteten sich, Urheber des vielbeschworenen Aufschwungs zu sein. Unglücklicherweise versäumte die SPD-Spitze, die Hintergründe aufzuzeigen, und schuf so Propagandaspielräume für die bürgerlichen Parteien. Nur die Marxisten haben die inneren Widersprüchlichkeiten der konjunkturellen Belegung erklärt. Die Bundesregierung profitierte von günstigen Außenfaktoren: fallende Öl- und Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt sowie die deutsche Exporte begünstigende US-Wirtschaftspolitik. Dadurch kam es zu einer Verzögerung der eigentlich schon Ende 1985/Anfang 1986 zu erwartenden Krise. Mittlerweile mehren sich jedoch die Anzeichen eines wirtschaftlichen Einbruchs.

Der Mini-Aufschwung ab 1983 war der schwächste in der Geschichte der BRD. Die Hoffnung, wieder an die Zeiten des großen Nachkriegsbooms anknüpfen zu können, hat sich nicht erfüllt. Das Widersinnige ist: Im Kapitalismus sind größere Werte und Produktionskapazitäten angehäuft worden als profitabel genug vermarktet werden können. Wir steuern auf eine riesige Überproduktionskrise zu. Schon heute werden in Aufschwungszeiten weltweit nur ca. 80% der Kapazitäten ausgelastet, in Krisenzeiten sind es sogar nur noch 70%.

Die Grundprobleme dieser Wirtschaftsordnung sind allgemein die zu eng gewordenen Grenzen des Nationalstaats und das Privatigentum an den Produktionsmitteln. Der herrschenden Klasse gelang es, zeitweilig diese Probleme zu überwinden, indem der Weltmarkt ausgedehnt wurde und im Zusammenhang ausgehend wurde, indem die zunehmenden Maße der bürgerliche Staat in den Wirtschaftsablauf eingriff. Damit wurden die Probleme jedoch letztlich nur auf eine höhere Ebene verlagert. Das drückte sich in den weltweiten Krisen von 1974/75 und 1980/82 aus. Von 1950 bis Mitte der 70er Jahre erschienen die zyklischen Schwankungen als lange starke Aufschwünge, unterbrochen von kurzen schwachen Rückgängen.

Mittlerweile ist es genau umgekehrt: Die Krisen werden länger und schärfer, die Aufschwungsphasen schwächer; z.B. wuchs in der BRD die Wirtschaft von 1976-79 nur noch um 4%, von 1983-86 nur noch um 2,4% im Jahresdurchschnitt. Zu den Errungenschaften des Kapitalismus gehören die Schaffung einer weltweiten Arbeitsteilung und des Weltmarktes. Autarkie oder „Kapitalismus in einem Land“ ist heute unmöglich. Genau sowenig wie „Sozialismus in einem Land“. Die Planwirtschaften unter Kontrolle der stalinistischen Bürokratie sind gezwungen, sich am Weltmarkt zu beteiligen. Die BRD gehört zu den Ländern mit den größten Abhängigkeiten vom Welt-

markt. Jeder dritte Arbeitsplatz hängt hier vom Export ab. Es ist klar, daß der Rückgang des Welthandels und der Exportmöglichkeiten sofortige Rückwirkungen auf die BRD hat.

Reagonomics

Die Bourgeoisie jedes Landes versucht den drohenden Krisen durch politische Maßnahmen zu entgehen. „Politik ist konzentrierte Ökonomie“, sagte Lenin. In den Boom-Jahren griff der Staat in den Wirtschaftsablauf ein, verteilte großzügig Subventionen und Geldgeschenke an die Unternehmer, um die Profite zu erhöhen. Durch staatliche Investitionen wurde zusätzliche Nachfrage geschaffen, also der Markt künstlich erweitert. So kam es zur ersten wirtschaftlichen Belegung, die Unternehmer steigerten die Produktion. Das entstandene Loch im Staatshaushalt wurde durch vermehrte Steuermaßnahmen wieder gestopft. (Diese Politik wurde in den 20er Jahren von J. M. Keynes entwickelt, deshalb „Keynesianismus“.) Damit schen sich die Möglichkeit zu eröffnen, den Kapitalismus vom Übel seiner zyklischen Krisen zu befreien. Auch die Reformisten aller Länder predigen über Jahrzehnte hinweg das neue Evangelium des Keynesianismus.

Die innere Widersprüchlichkeit des kapitalistischen Systems — wachsende Profitmasse bei gleichzeitig tendenziell sinkender Profitrate — trat seit spätestens Mitte der 70er Jahre offen zutage.

Die neue Lehre des Monetarismus der „Chicago Boys“ um Milton Friedman wies auf die Gefahren hin, daß in Krisenzeiten der Zukunft die Staatsdefizite nicht mehr zu sanieren seien. Deshalb sollten durch eine scharfe Sparpolitik des Staates die Krisenlasten auf die arbeitenden Menschen abgewälzt werden: Senkung der Löhne und Abbau des sozialen Netzes. Der Staat sollte sich aus der Wirtschaft ganz heraushalten. Die starken sollen sich gegen die schwa-

chen Unternehmen durchsetzen. Eine solche Politik führte z.B. zum Ruin der Wirtschaft in Chile und Großbritannien. Auch in den USA war Reagan ursprünglich mit einem monetaristischen Programm angetreten. Die Angriffe auf die sozialen Errungenschaften der amerikanischen Arbeiterklasse führte er durch, doch sein Versprechen zur Sanierung des Staatshaushaltes hielt er nicht.

Aufstüftung

Um möglichst rasch der Rezession 1980/82 zu entinnen, versuchte es Reagan mit einer Kombination von Monetarismus und Keynesianismus („Reagonomics“). Staatliche Aufstüftungsprogramme größeren Umfangs als seinerzeit in Nazi-Deutschland kurbelten die Wirtschaft an. Der militärisch-industrielle Komplex wurde ausgebaut. Gleichzeitig wurden Firmengründungen im Dienstleistungssektor forciert, während die Industrie schrumpfte. Waffenproduktion schafft keinen zusätzlichen Reichtum, sondern nur Schrott, und die Blüte im Dienstleistungsbereich schuf nur Billiglohnarbeitsplätze. Der größte Teil der neuen Unternehmen wird bei der nächsten Rezession abgemahnt werden. Die einzige produktive Branche, die neu

entstand, die Elektronikindustrie, deren Symbol Silicon Valley in Kalifornien wurde, steht mittlerweile auch vor dem Problem großer Überkapazitäten und wachsendem Konkurrenzdruck.

Der ganze Aufschwung (Höhepunkt 1984: 6,8% Wachstum) war unsolide finanziert. Das Haushaltsdefizit wurde mit ausländischem Kapital abgedeckt, das durch hohe Zinsen mit großen Profitervartungen in die USA floß. Die Kapitalisten verdrängten ihre Zweifel an der unsoliden US-Wirtschaftspolitik

Spekulationen

und vertieften sich darauf, daß die USA der Hort der Stabilität seien. Mittlerweile sind die USA von der größten Gläubiger- zur größten Schuldnernation der Welt geworden.

Wenn die Profitervartungen der Unternehmer oder aber das Vertrauen in die Entwicklungsmöglichkeiten ihrer Wirtschaft nachlassen, sinken die Investitionen. Die Profite werden zu Spek-

Bilder unten: öffentliche Suppenküchen in den USA und Frankreich. In den reichen Industrienationen gibt es wieder Armut. Wir nähern uns wirtschaftlichen Verhältnissen wie Ende der 20er/Anfang der 30er Jahre



Robert Mundell (Columbia Universität) schätzte das Kapitalflusses sind völlig. Gabe es eine Welt-Einheit wären sie gleich Null.“ Der Dollarkurs schuf hervorragende portbedingungen für die deutsche, deren Produkte auf Markt günstiger waren als die. Die amerikanische Industrie Ausnahme des militärisch-industriellen Komplexes, erlebt seitdem den Gang. Für das SDI-Programm („Krieg der Sterne“) sind in von 1985-1990 32,2 Mrd. \$ bis 1994 sogar 300 Mrd. Lauten gen liegt der tatsächliche Umfether bei 500-600 Mrd. Die rverschuldung (bis 1988 soll halt auf über eine Billion D 2000 Mrd.-DM steigen) wachsamtschulden des Bundes- staaten, der Haushalte und mungen belaufen sich e Milliarden Dollar. Die US-schrumpt:

bereits 31 der 50 Bundesstaaten eine Rezession. Das Handelslitz des ehemals größten Welt liegt schon seit 1984 auf über Dollar, mit steigender Tendenz.

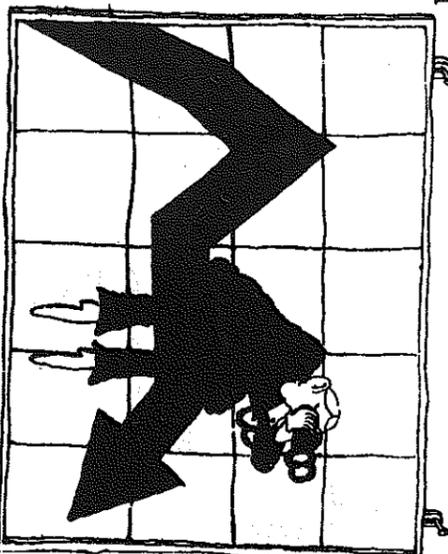
Gefahr der Rezess

Eine Krise droht. Je länger diese Wirtschaftspolitik fort so schärfer wird die Kommer sion werden. Die Wahrsche daß sie in eine große Weltw Krise wie 1929 einmündet. Schon Ende 1985 wäre eine k lich gewesen, das Wirtschaftsging zurück auf 3,2%. Ein e Versuch zur Haushaltskons in den USA hätte sofort zur führt. Alleine 1985 waren s Banken zusammengebrochen schub wurde durch die Forts „keynesianistischen“ Politik und vor allem durch eine v Ausbeutung der unterent Länder erreicht. Die wirtscha ken Länder gäben die Lasten schwachen weiter.

„Terms of Trade“

Die „Terms of Trade“ vers ten sich. Auf dem Weltmarkt die Preise für Rohstoffe. Nah tel und vor allem für Öl. Allei erhalten die OECD-Länder i Bonus von 65 Mrd. Dollar, spricht 0,7% ihres Wirtschaftums. Die Verschuldungskrisen Welt“ spitzt sich zu: 1980 war

icht lösen



der Niedergang Großbritanniens in den 20er Jahren haben. Der Zusammenbruch der Zimbörse 1985 und der Sturz der Aktienkurse Anfang September 1986 sind erste Anzeichen für den kommenden Niedergang.

Die deutsche Wirtschaft

Die Erfolge der Rechtsregierung sind eigentlich recht mäßig. Ohne die oben beschriebenen Außenfaktoren hätte der Einbruch der Rezession bereits um die Jahreswende 1985/86 stattgefunden.

Der Aufschwung konnte 1983 vor allem durch Steigerung der Exportindustrie (Automobil, Maschinenbau, Chemie) angekurbt werden. Von 1982 bis 1986 verdoppelten sich die deutschen Exporte in die USA nahezu. Die Handelsbilanz wies hohe Überschüsse aus. Ihre Wachstumsziele konnte die BRD trotzdem nicht erreichen. Zuwachsraten von etwa 2,5% zeigen die Schwäche des Aufschwungs.

Eine Konjunkturlaute aufgrund des sinkenden Dollar und entsprechend rückläufiger Exporte sollte durch eine verstärkte Inlandsnachfrage ausgeglichen werden. Da 70% der deutschen Exporte aus Investitionsgütern bestehen, ist ein einfaches Umschalten auf Konsumnachfrage gar nicht möglich. Allerdings stieg der private Konsum 1986 an. Damit wurde ein rapides Absacken der Konjunktur verhindert.

Ursprünglich war die bürgerliche Koalition mit einem Sparprogramm angetreten. Trotz einschneidender Kürzungen sind noch nicht alle Forderungen des Lambdorff-Papiers von 1982 verwirklicht worden. Um größeren gewerkschaftlichen Kampfen und wachsendem Druck zu entgehen, waren die Unternehmer sogar zu Zugeständnissen in den Tarifrunden 1985 und 1986 gezwungen. Zum ersten Mal seit 1978 gab es Reallohnsteigerungen

für wichtige, wenn auch nicht alle Schichten der Arbeiterklasse (1986: 4,3%). Verbunden mit Preisstabilität und niedrigen Ölpreisen stieg der Konsum. Die BRD war in der Lage, zumindest ein mäßiges Wirtschaftswachstum beizubehalten.

Allerdings ist das Bild nicht einheitlich. Wichtige Branchen stecken in erheblichen Schwierigkeiten, etwa der Montanbereich, Werften, Bau. In der Automobilindustrie wurden enorme Überkapazitäten aufgebaut, die im nächsten Abschwing zunächst zur Kurzarbeit, später zu Massenentlassungen führen werden. Sogar die als Zukunftsbranche gefeierte Elektronik muß sich auf harte Zeiten einstellen.

Zum ersten Mal wurde während eines Aufschwungs die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut. Sie liegt offiziell deutlich über 2,5 Millionen, mit Dunkelziffer sind es ca. 3,5 Millionen. Ein drastischer Anstieg in der nächsten Krise ist sicher.

Die Unternehmer-Gewinne sind von 1980 bis 1986 stark gestiegen: von 242 Mrd. auf 387 Mrd. DM nach Steuern. Im gleichen Zeitraum stiegen die Investitionen von 283 Mrd. DM auf 333 Mrd. DM. Die Gewinne waren also dreimal so hoch wie die Investitionen. Die Kapitalisten zogen Aktien- und Spekulationsgeschäfte vor. Das geringe Wirtschaftswachstum war ihnen kein Anreiz für Erweiterungen des Produktionsapparates. Wenn überhaupt, wurde in Rationalisierungsinvestiert. Die Produktionssteigerung kam durch verstärkte Auslastung der bestehenden Kapazitäten zustande.

Aussichten

Die herrschende Klasse wird unsicher und nervös. Das ist deutlich an der wachsenden Labilität der Börsen zu beobachten, die überempfindlich auf kleinste Veränderungen reagieren.

In der amerikanischen Bourgeoisie mehrten sich zur Zeit die Stimmen, die eine Abkehr von Reagans Politik, eine Stärkung der US-Industrie und Abschottung des Binnenmarktes durch protektionistische Maßnahmen fordern. Die USA üben Druck auf die EG und Japan aus, durch staatliche Maßnahmen die Nachfrage in den eigenen Ländern anzukurbeln. Amerikanische Hersteller könnten dann wieder verstärkt auf den Markt kommen.

Die jüngsten Verhandlungen in der Währungsfrage zeigen die fieberhaften Bemühungen, der Rezession dadurch auszuweichen, daß Europa die Lokomotiv-Funktion übernehmen müsse.

Inzwischen gehen in der BRD die bürgerlichen Wirtschaftsinstitute DIW und HWA für das erste Quartal 1987 von einem Rückgang des Bruttoverdienstes von 1% aus (So berichtet in der Financial Times vom 19.2.87). Ein rascher Übergang vom Mini-Aufschwung in die Krise ist durchaus möglich. Nachdem Export und privater Konsum als Konjunkturstützen nicht mehr ausreichen, soll nun die Steuerreform herhalten. Von Umfang und Struktur her ist es mehr als zweifelhaft, daß davon echte Impulse für die Wirtschaft ausgehen.

Rein theoretisch könnten die europäischen Länder, und hier vor allem die BRD, durch eine ähnlich angelegte Verschuldungspolitik wie in den USA die drohende Rezession kurzfristig verschleppen. Doch damit würde die Wahrscheinlichkeit eines neuen 1929 zunehmen. Die wahrscheinlichere Möglichkeit ist jedoch, daß die BRD in diesem Jahr in die Rezession abgleitet. Die verkräftigten Massen müssen den potentiellen Reichtum der Gesellschaft durch den Übergang zu einer letztlich weltweit geplanten, sozialistischen Wirtschaftsordnung nutzen.

Leo Schiffer, Köln
Jungsozialist

die Krise

610 Mrd. Dollar, 1985 970 Mrd. und 1986 über eine Billion. Immer mehr Länder müssen ihre Zahlungsunfähigkeit erklären. Das Elend der Massen wird unbeschreiblich. Die Folgen sind: politische Instabilität und revolutionäre Massenbewegungen. Es ist völlig unrealistisch, daß die armen Länder jemals ihre Schulden begleichen können. Die Anerkennung dieser Tatsache wird sofort etliche v.a. US-Banken in die

Pleite treiben. Der jetzt zu Ende gehende Aufschwung war künstlich. Er führte nicht zur Weiterentwicklung der Produktivkräfte.

In den OECD-Ländern haben wir heute schon 30 Millionen Arbeitslose. Die kommende Rezession wird in den USA und davon ausgehend in den anderen imperialistischen Ländern ähnlich dramatische Auswirkungen wie

1929: „Schwarzer Freitag“

Anfang September 1986 kam es zu einem Kurssturz an der New Yorker Aktienbörse (Wall Street). Es zeigte sich, daß die Kapitalisten nur begrenztes Vertrauen in ihre eigene Wirtschaftsordnung haben. Innerhalb von zwei Tagen sanken die Aktienkurse um 4,6% gegenüber dem Vortag (laut Dow-Jones-Index, der die Durchschnittswerte der wichtigsten Aktien anzeigt). Kein Kapitalanleger wollte Verluste tragen oder aber Risiken eingehen. „Die Investoren werfen alles auf den Markt. Es ist das reinste Gemetzel da draußen!“ So kommentierte Jon Groveman von der Investment-Bank Ladenburg. Dieses Ereignis tief Erinnerungen an den berühmtesten „Schwarzen Freitag“ vom 28. Oktober 1929 wach.

Damals führte ein Rückgang von 12,82% in den Notierungen der wichtigsten Aktien an der New Yorker Börse zum wirtschaftlichen Zusammenbruch in den USA und im Gefolge zu einer Weltwirtschaftskrise von bis dahin ungehörtten Ausmaßen. Damit wurde die Hoffnung auf einen krisenfreien Aufschwung der „Goldenen Zwanziger Jahre“ beendet.

Ohnehin war die Grundlage für den Aufschwung 1924 bis 1929 in erster Linie die politische Stabilisierung des Kapitalismus nach der revolutionären Nachkriegswelle gewesen. Der siegreichen russischen Oktoberrevolution folgten Niederlagen der Arbeiterklasse in anderen Ländern (in Deutschland 1918-1923). Damit hatte der Kapitalismus allerdings seine inneren Widersprüchlichkeiten nicht beseitigt. Nach kurzer Blütephase kam es zu einer tiefen Überproduktionskrise.

Die „Goldenen Zwanziger“

In der Zeit des Aufschwungs wurden technische Fortschritte in der Rationalisierung der Produktion und der Standardisierung der Produkte genutzt. Die mechanische, chemische und elektrische Großindustrie entstand. Hohe Profite ermutigten die Kapitalisten zur Investition. Die Produktionskapazitäten wurden erweitert, und zwar stärker als die Produkte profitabel auf dem Markt abzusetzen waren. Diese ty-

pisch kapitalistische Anarchie des Marktes führte zur Überproduktion.

Darüberhinaus führten die zunächst hohen Profite und der rasche Ausbaubereich der Wirtschaft zu erheblicher Spekulation auf die zu erwartenden Gewinne. Die Aktienkurse schossen in die Höhe. Doch der Glanz und Glitter dieses Finanzkapitalistischen Spekulantentums darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um einen völlig parasitären Bereich handelt. Echte Wertzuwächse kann es nur durch die produzierende Industrie geben. Aktienspekulationen sind Zuwächse auf dem Papier, getragen durch das Vertrauen und die Hoffnung der Spekulanten.

Zur Krise kommt es, wenn entscheidende Spekulanten oder große Institutionen das Vertrauen in die Zukunft der von ihnen gehaltenen Anteile verlieren. Sie versuchen dann natürlich zu verkaufen, und zwar so schnell wie möglich. Das kann zu einer regelrechten Kettenreaktion führen. Die Aktienkurse stürzen ab und die Börse bricht zusammen.

Auf diese Weise wurden am „Schwarzen Freitag“ mit einem Schlag 12,82% der notierten Papierwerte durch massive Panikverkäufe ausstradiert. Die Spekulanten, die große Aktienkäufe durch Kredite und Anleihen den Händen da, dessen Wert permanent absank. Die Banken mußten riesige Summen abschreiben und verzeichneten hohe Schuldenberge. Die Folge: Banken- und Firmenzusammenbrüche. Zunächst in den USA, und bis zum Sommer 1931 in fast allen Ländern Europas.

USA Weltmacht Nr. 1

Nach dem ersten Weltkrieg hatten die USA Großbritanien als die imperialistische Weltmacht Nr. 1 abgelöst. Wie Trotzki in den 20er Jahren ausführte, entstand ein imperialistisches Weltsystem unter Führung der USA, die zunehmend versuchen, „Europa auf Ration“ zu setzen, also in die Schranken zu weisen. Der Aufschwung in Europa, gerade auch in Deutschland, war durch amerikanti-

sche Kredite, verstärkten Handel und Exportmöglichkeiten in die USA angekurbt worden. Das Ausbleiben der US-Kredite, der Rückgang der Exporte in die USA, das Fehlen von flüssigem Kapital, der Preissturz bei Rohstoffen und Agrarprodukten führten in ganz Europa zu Bankenzusammenbrüchen, Konkursen, Inflation und Massenarbeitslosigkeit. Im Mai 1931 machte die Österreichische Kreditanstalt bankrott. Ihr folgte im Juli 1931 die Darmstädter- und Nationalbank. Im September 1931 gab Großbritannien den Goldstandard in der Währung auf, im April 1933 folgten die USA und bis 1936 die anderen Staaten. (Wenn der Geldumlauf nicht mehr durch Goldreserven gedeckt ist, besteht die Möglichkeit der Erweiterung der Geldmenge durch Betätigung der Druckerpresse.) Die Bourgeoisie reagierte anfangs mit deflationistischer Politik (Sparpolitik) und Protektionismus (Handelsbeschränkungen, Zölle). Dadurch sank die Produktion jedoch immer weiter. Soziale Unruhen zeichneten sich ab. Die herrschende Klasse war völlig überrascht von dieser wirtschaftlichen Katastrophe.

Staatliche Eingriffe

Noch sechs Monate vor dem Schwarzen Freitag hatte in den USA eine von der Regierung eingesetzte Wirtschaftskommission einen Bericht über die Aussichten der US-Wirtschaft vorgelegt, in dem es hieß: „Die Schlußfolgerung lautet, daß wir ökonomisch ein grenzenloses Feld vor uns haben; daß es neue Bedürfnisse gibt, die endlos den Weg für neue Bedürfnisse bereiten, ebenso schnell wie sie befriedigt werden. Wir scheinen nur die Anlage unserer Möglichkeiten betrifft zu haben.“

Die Ergebnisse bewiesen das genaue Gegenteil: zwischen 1929 und 1933 sank das Volkseinkommen in den USA um 57,7%. In Deutschland um ca. 40%. Die Industrieproduktion lag 1932 in den USA bei 54% der Produktion von 1929. Der Bruttowert der Industrieproduktion betrug 1929 in

Die Geschichte wiederholt sich doch!
1929:
Stabilitätsperiode
Konsumrausch („New Era“)
Fallende Rohstoffpreise
Flaute Weltkonjunktur
Agrarkrise
Immobilienkrise
Schrumpfende Euro-Börsen
Protektionismus
Super-Hausse in Wall Street

**BLOW-OFF
CRASH
WELTREZSSION
Bereiten Sie
sich vor!**

Auf meinen PCA-Seminaren lernen Sie die Strategie für die Schlupf-Ria-se und die finale Positionierung - Voll in Wall Street dabei: wie, wann Schulden ganz schnell abbauen - Auf sinkende Märkte setzen - Markt-Märkte: - Erndlich bestiegt Wall Street das Sprungbrett - für den Sturz ins Bodenlose



Dr. Paul C. Martin

Anzeige aus der
Frankfurter Allgemeinen
vom 19. Februar 1987

Deutschland 84,3 Milliarden Reichsmark, 1932 dagegen nur noch 38 Mrd. RM. Die offizielle Arbeitslosenzahl lag 1932 in den USA bei 13 Millionen, in Deutschland bei über 6 Millionen (44% der abhängig Beschäftigten).

Im Gegensatz zu früheren Krisen standen jetzt auch Großkonzerne vor dem Bankrott. In Deutschland u.a. Flick, Stinnes, Winterhall, Danabank, Dresdener Bank, Commerzbank. Um den totalen wirtschaftlichen Zusammenbruch und proletarische Revolutionen abzuwenden, riefen die Kapitalisten ihren Staat zur Hilfe.

Es wurden Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchgeführt (USA, Deutschland). In Frankreich und Großbritannien käm es zu Staatsbetrieblungen und Sozialisierung von Unternehmen. Löhne und Preise wurden staatlich reglementiert. Gleichzeitig erhielten die Kapitalisten Staatskredite. Bei nicht abzehbaren Rohstoffen fanden staatliche Stützungs-käufe statt.

Ganz offenkundig hatten die Unternehmer ihren Glauben an die sonst vielbeschworbenen Selbstheilungskräfte des Marktes verloren.

Der Flick-Konzern entging dem Bankrott nur dadurch, daß das Reichsfinanzministerium das sogenannte „Gelsenkirchener-Aktienpaket“ zum veranhaltlichen Marktpreis kaufte! Damit konnte Flick seine finanziellen Verpflichtungen erfüllen und seine Stellung als Stahlmagnat behaupten.

Doch auch diese keynesianistische Politik der staatlichen Anknüpfung konnte nur kurzfristig die Wirtschaft beleben (insbesondere auch durch Staatsgelder für den Aufschwung des Rüstungssektors). Aber die grundlegende Profit- und Überproduktionskrise des Kapitalismus konnte damit nicht behoben werden. Es folgte die Vernichtungsorte an Produktionsmitteln und Menschen im II. Weltkrieg, als der deutsche Imperialismus eine Neuaufteilung des Weltmarktes erzwingen wollte.

Belgien

Massenstreik

gegen rechte

Regierung

Wie kurzlebig bürgerliche Wahlsiege sein können, haben erst kürzlich die Studenten und Arbeiter in Frankreich gezeigt. Auch in Belgien jubelte die bürgerliche Presse im Oktober 1985 über den erneuten Wahlsieg der konservativen Koalition mit Schlagzeilen wie „Belgier billigen den strikten Sparkurs von Martens“. Doch dies erwies sich auch hier schnell als Wunschdenken der herrschenden Klasse. Schon im Mai 1986 gab es im öffentlichen Dienst und im Bergbau Streikwellen gegen Kürzungen und Arbeitsplatzabbau.

Sozialisten und Gewerkschafter in der BRD sollten die Ereignisse in den kapitalistischen Nachbarländern genau verfolgen, um Perspektiven im Kampf gegen die Kohleregierung aufzeigen zu können. Auch hier können sich - schneller als mancher denkt - größere gewerkschaftliche Kämpfe gegen Sparpolitik und Arbeitsplatzabbau entwickeln.

Bei Antritt ihrer ersten Amtsperiode 1981 hatte sich die jetzige bürgerliche Regierung in Belgien große Ziele gesteckt: Handels- und Zahlungsbilanz sanieren, Arbeitslosigkeit bekämpfen und 80.000 neue Arbeitsplätze bis 1985 schaffen, die Inflationsrate radikal senken.

Mit einer harten Sparpolitik zu Lasten der Arbeiterklasse wollte sie dies erreichen. Nach dem Motto „Heute sparen wir eine Mark, damit wir morgen zwei Mark ausgeben können“ wurden Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen gekürzt sowie ein Lohnstopp verordnet. Die bis dahin bestehende Anbindung der Löhne an die Verbraucherpreise wurde abgeschafft.

Eine riesige Umverteilung von unten nach oben fand statt. Die Profite

tik auf dem Rücken der Arbeiterklasse konnte die Regierungskoalition im Wahlkampf 1985 neue Licht aufleuchten wie „Wir haben 4/5 des Weges geschafft“ und „Es ist Licht am Ende des Tunnels“ oder „Wir haben 4 Jahre lang gesparrt und die Industrie saniert, jetzt werden wir die soziale Komponente berücksichtigen“. Seitens der Führung der Arbeiterbewegung wurden diese Lichter nicht entzündet und vor allem keine Alternativen angeboten. Dies erwies sich als ein erneuter Wahlsieg der Kapitalisten und ihrer konservativen Regierung.

Nun wurden noch drastischere Sozialabbau-Maßnahmen beschlossen: - 2,6 Milliarden Kürzungen an Sozialleistungen, in erster Linie bei



Auch in Belgien bewegte sich die Jugend zuerst: im März 1986 streikten zehntausende Schüler gegen die Kürzung ihrer Sozialleistungsansprüche bei Arbeitslosigkeit nach dem Schulabgang. Aus diesen Kämpfen ging die Gründung einer Schülergewerkschaft hervor.

stiegen z.B. im Jahre 1982 um 22% und 1985 immerhin noch um 17%. Gleichzeitig mußte die Arbeiterklasse im Zeitraum von 1981 bis 1985 einen Kaufkraftverlust von 15% hinnehmen. Dabei ist weder die Arbeitslosigkeit gesunken noch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie hergestellt worden.

Offiziell liegt die Arbeitslosigkeit bei über 12%, die Verschuldung bei über 250 Mrd. DM im Jahre 1986. Die belgische Industrie hat in 21 von 25 Branchen Marktanteile innerhalb der OECD verloren. Warum sollten die Kapitalisten investieren, neue Arbeitsplätze schaffen und die Industrie modernisieren? Sie bekommen ja die von den Arbeitern abgekürzten Milliarden nur so hinterher geworfen.

Nach vier Jahren harter Sparpoli-

Die Reaktion der Arbeiterklasse ließ nicht lange auf sich warten. Die Freunde der Herren Martens und Co. währte nicht einmal ganze sechs Monate.

Bergarbeiterstreik

Was die Arbeiter auf politischer Ebene verloren hatten, versuchten sie sich jetzt auf betrieblicher Ebene zurückzuholen. Mitte April kam es zu ersten spontanen Streiks gegen drohende Zechenstilllegungen in der Provinz Limburg. Die Spitzen der beiden großen Bergarbeitergewerkschaften waren von den Streiks vollkommen überrascht. Zunächst erklärten sie die Arbeitsniederlegung zum Warnstreik und riefen für den nächsten Tag zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Doch stattdessen weitete sich der Streik für den Erhalt von 20.000 Arbeitsplätzen aus.

Überall wurden Streikkomitees gebildet. Erst drei Tage später schlossen sich die Gewerkschaften dem Streik offiziell an, nicht etwa um ihn voranzutreiben, sondern um ihn bei der ersten besten Gelegenheit abzubrechen. Sie erklärten den Streik ab dem 5. Mai als beendet, gerade als im öffentlichen Dienst zu Streiks aufgerufen wurde.

Ab 5. Mai wurden den streikenden Bergarbeitern die Streikgelder gestrichen. Die Kampfsolidarität selbst eine erfolgreiche Spendenkampagne. Die norwegische Gewerkschaft überwies 150.000 DM. Zwei Tage nachdem die Spitze der Gewerkschaft die Streikenden im Stich ließ, wurde die Gendarmarie (vergleichbar dem Bundesgrenzschutz) gegen die Bergarbeiter eingesetzt.

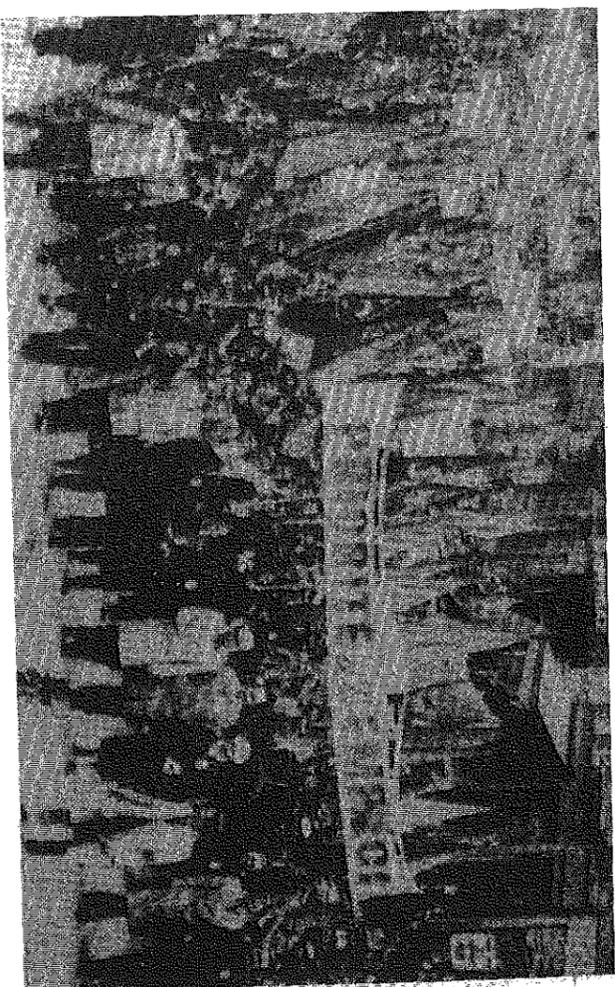
Die Wut der Kämpels auf ihre Gewerkschaftsführung war groß. Ein Sprecher des Streikkomitees zum Verhältnis zur Gewerkschaft: „Gegen wen richtet sich der Streik? Nicht gegen die Gewerkschaft. Aber wir sind die Gewerkschaft, und nicht die da oben.“

Generalstreik im öffentlichen Dienst

Neben Frauen und Jugendlichen waren die Beschäftigten im öffentlichen Dienst am härtesten den Angriffen der konservativen Regierung ausgesetzt. Privatleistungspläne, Abbau von 60.000 Stellen und Zwangsabgabe von mindestens 2,7% des Lohnes als „Solidaropfer“ verursachten große Verärgerung.

Drohende „wilde“ Streiks zwangen die christliche (CSC) und die sozialistische (FGTB) Gewerkschaft, für den 6. Mai zum Generalstreik aufzurufen. Die Gewerkschaftsführungen verstanden es nur als einen „Warnstreik“ und als Druckmittel, um mit der Regierung verhandeln zu können. Die Kollegen wollten aber nicht nur „warren“, sondern die Regierung bekämpfen.

In der Walonie und in Brüssel, wo der FTGB (sozialistische Gewerkschaft) stark ist, gingen nach dem 6. Mai die Streiks auch ohne offizielle Unterstützung weiter. Die Verhandlungen der CSC (christliche Gewerkschaft) mit der Regierung brachten gar nichts. Daraufhin schlossen sich auch die flämischen



„Vorrang der Beschäftigung“ - belgische Arbeiter streikten gegen Massenentlassungen

Kollegen den „wilden“ Streiks an. Die Gewerkschaftsspitzen waren nun erneut gezwungen, für den 16. Mai einen Generalstreik auszurufen, aber auch nur, um die „wilden“ Streiks beenden zu können. Danach verbot die CSC weitere Streiks und die FTGB übertrug die Verantwortung ihren örtlichen Vorständen.

In manchen Regionen folgten einwöchige Streiks: in einigen Branchen - wie Eisenbahn - dreiwöchige Nationalstreiks. Aber ohne jegliche Koordination konnten diese Kämpfe, die den ganzen Mai über liefen, ihre Ziele nicht erreichen. Auch die von der FGFB allein ausgerichtete Kundgebung am 31. Mai mit 200.000 Teilnehmern in Brüssel konnte nicht erneut die Kampfbereitschaft der belgischen Arbeiterklasse unter Beweis stellen.

Sozialistische Perspektive

Zur katastrophalen wirtschaftlichen Lage, die den Kapitalismus weltweit kennzeichnet, kommt in Belgien die nationale Frage hinzu: die belgische Bourgeoisie ist nicht imstande, Wallonen und Flamen zu einen. Gerade in der Krise versucht sie im Gegenteil, die Spaltung zu vertiefen, um die Arbeiterklasse insgesamt zu schwächen.

Bis jetzt hat es nur an einer sozialistischen Alternative zur bürgerlichen



Internationale Notizen

Mexiko

Über 100.000 Studenten befanden sich im Februar in einem einwöchigen Streik. Unterstützung von Gewerkschaften und Vertretern linksgerichteter Oppositionsparteien forderten sie die Abschaffung strenger Zulassungsbestimmungen und höherer akademischer Anforderungen in der staatlichen Universität von Mexiko-Stadt. Die Regierung gab den Protesten nach und zog die „Reform“ zurück.

Argentinien

Im Januar wurde von dem peronistischen Gewerkschaftsverband CGT ein 24stündiger Generalstreik gegen die Wirtschaftspolitik der Regierung Alfonsín ausgerufen. Die Arbeiter forderten einen Ausgleich für erlittene Kaufkraftverluste sowie die Anhebung der Mindestlöhne. Dies war der achte Generalstreik seit dem Sturz der Militärdiktatur.

Spanien

Bei der VW-Tochter SEAT in Barcelona streikten im Januar 90% der 22.000 Beschäftigten für höhere Löhne. Die Unternehmensleitung bot nur 5% mehr an, worauf die sozialistische Gewerkschaft UGT und die kommunistische Gewerkschaft CCOO gemeinsam zu der Streikaktion aufriefen.

Griechenland

Zu einer größeren Streikwelle kam es im Dezember und Januar in Griechenland. Allein im Januar fanden zwei 24stündige Generalstreiks statt, die von 1,5 Millionen Arbeitern befolgt wurden. Die Streiks richteten sich gegen die Sparpolitik und den Lohnstopp der Regierung Papandreu, dessen sozialistische Partei PASOK die absolute Mehrheit hat. An der Spitze der Streiks stand wiederum der von PASOK-Mitgliedern geleitete Gewerkschaftsachterverband. Erst im Herbst 1985 hatte Papandreu führende PASOK-Mitglieder in der Gewerkschaftsspitze aus der Partei ausgeschlossen, die gewerkschaftlichen Führungsgruppen mit Regierungstreuen Parteimitgliedern besetzen lassen und dadurch den Dachverband gespalten, weil er auch damals zu Streiks gegen die Politik der Regierung aufgerufen hatte.

Im Vorfeld dieser Streiks der griechischen Arbeiter gab es überragend auch eine massive Streik- und Protestwelle an griechischen Schulen.

Geschichte der Arbeitszeitverkürzung

Internationaler Kampf der Arbeiter



Frauen- und Kinderarbeit in einer Buchdruckerei

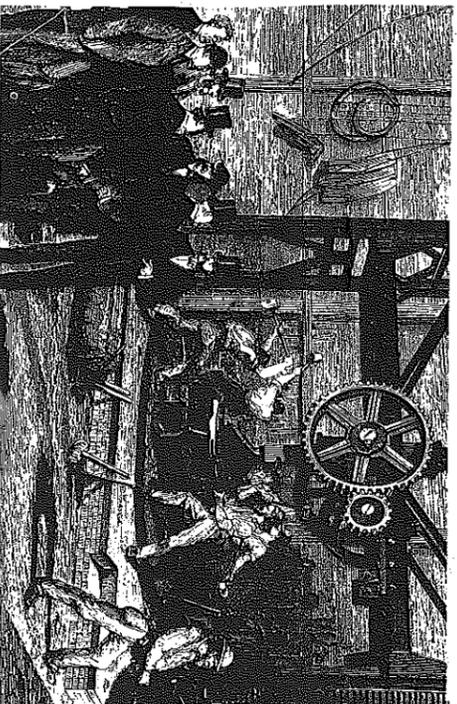
In diesem Frühjahr geht die IG Metall in die zweite Runde des Kampfes um die 35-Stunden-Woche. Die Redaktion VORAN fordert alle Leser auf, die Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung mit dem Kapital und seiner Regierung aktiv zu unterstützen. Zur Hintergrundinformation drucken wir einen zweiteiligen Artikel unseres Mitarbeiters Dieter Jaßen, Mitglied der DruPa und des Juso-Kreisvorstands Stuttgart, über die Geschichte der Arbeitszeitverkürzung. Der erste Teil beschreibt die Kämpfe der internationalen Arbeiterbewegung für einen kürzeren Arbeitstag:

Die Festsetzung eines normalen Arbeitstages ist das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter. So Karl Marx im „Kapital“. Er und Friedrich Engels hatten erkannt, daß der Wert jeder Ware durch die Menge der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit bestimmt wird, die zur Produktion der Ware erforderlich ist. Die Quelle aller Werte ist also die Arbeitskraft des Menschen. Sie wird im Kapitalismus selbst zur Ware: der Lohnarbeiter ist gezwungen, seine Arbeitskraft dem Besitzer der Produktionsmittel (Fabriken, Maschinen, usw.) zu verkaufen.

Ware „Arbeitskraft“

Einen Teil seiner Arbeit leistet der Arbeiter, um sich seinen und seiner Familie Unterhalt zu verdienen („Wert der Arbeitskraft“, Lohn); den anderen Teil jedoch arbeitet er unentgeltlich: er schafft Mehrwert für den Kapitalisten, die Quelle des Profits. Die Profite der Unternehmer sind die unbezahlte Arbeit des Arbeiters.

Der Kapitalist hat ein Interesse daran, daß der Arbeitstag so lang wie möglich gemacht werde. Je länger er ist, desto mehr Mehrwert erzeugt er (...). Der Kapitalist kämpft für seinen Profit, der Arbeiter für seine Gesundheit, für ein paar Stunden täglicher Ruhe, um außer arbeiten, schlafen, essen sich auch noch sonst als Mensch betätigen zu können.



1850: 12-Stunden-Tag an 7 Tagen — Arbeitsbedingungen im Frühkapitalismus

Nacharbeit und sieben Tage in der Woche — das waren die Arbeitsbedingungen im frühen Kapitalismus. Aber „sobald die vom Produktionslärm überflöppelte Arbeiterklasse wieder einigermaßen zur Besinnung kam, begann ihr Widerstand, zunächst im Geburtsland der großen

Industrie, in England.“ („Kapital“) Die ersten Fabrikgesetze, die Frauen-, Kinder- und Nachtarbeit für diese regelten, blieben jedoch ohne Wirkung, da die Behörden keine Mittel kannten, die Einhaltung der Gesetze zu kontrollieren, und die englischen Gewerkschaften noch zu schwach waren, um ihre Einhaltung selbst durchzusetzen. Teilweise wurde der Arbeitstag sogar bis auf 18 Stunden verlängert. Die Ausbeutung der Kinder nahm solche Ausmaße an, daß in Frankreich, England und Deutschland der Staat als

„ideeller Gesamtkapitalist“ mit Schutzgesetzen eingreifen mußte, da ein großer Teil der zum Militär eingezogenen jungen Männer verkrüppelt oder zu klein gewachsen, also untauglich war.

Erst mit der Entstehung der revolutionären Charlistenbewegung in England während der 30er Jahre des letzten Jahrhunderts konnten die ersten Erfolge verbucht werden. Die Charlisten unterstützten den über 30jährigen Kampf für ein Zehn-Stunden-Gesetz. Die Forderungen überröppelte Arbeiterklasse werden allgemein unter den Arbeitern bekannt. Die Agitation dafür half, die Arbeiter in Gewerkschaften zu organisieren. 1847 wurde durch

eine zeitweilige Spaltung zwischen Grundaristokratie und Industrie-Bourgeoisie das Zehn-Stunden-Gesetz im englischen Unterhaus verabschiedet. Dieses Gesetz beschränkte die tägliche Arbeitszeit für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren auf zehn Stunden. Weil damals die Mehrheit der Fabrikarbeiter Frauen und Kinder waren, hatte dies eine allgemeine Einschränkung der Arbeitszeit in den Fabriken zur Folge.

Zehn-Stunden-Gesetz

Die Gesetze des Marktes und der Konkurrenz zwingen die Kapitalisten aber, ihre Produktionsmittel möglichst 24 Stunden am Tag zur Erzeugung von Profit laufen zu lassen. Die Angriffe auf das Zehn-Stunden-Gesetz begannen sofort: In Verlängerung der Arbeitszeit durch Verkürzung der Pausen, Ausweitung der Schichtarbeit, schnelleres Arbeiten, usw. Dazu kam die Niederschlagung der Revolution von 1848 in ganz Europa. Auch die Charlistenbewegung wurde zerstückelt, ihre Führung eingekerkert. Innerhalb von zwei bis drei Jahren wurde die englische Arbeiterklasse so zurückgeworfen, daß allgemein ein 12-15stündiger Arbeitstag herrschte, und das bei Bezahlung für zehn Stunden!

Doch bereits 1850 wurde der Widerstand der Arbeiter gegen diese Zustände so stark, daß ein Kompromiß zustande kam, der zwar Schicht- und Nachtarbeit für Frauen und Jugendliche abschaffte, dafür aber 10,5 Stunden tägliche Arbeitszeit vorschrieb. Trotzdem war dieser Kampf nicht umsonst. „Von Zeit zu Zeit steigen die Arbeiter, aber nur vorübergehend. Das eigentliche Resultat ihrer Kämpfe ist nicht der unmittelbare Erfolg, sondern die immer weiter um sich greifende Vereinigung der Arbeiter.“ (Kommunistisches Manifest)

Die französischen und deutschen Arbeiter folgten den englischen in der Agitation für kürzere Arbeitszeit

und für den Aufbau der Gewerkschaften. Im Laufe der 50er und 60er Jahre entstanden auf dem ganzen europäischen Kontinent Gewerkschaften und sozialistische Parteien verschiedener Richtungen, die sich 1864 zur Internationalen Arbeiterassoziation (I. Internationale) zusammenschlossen. 1866 beschloß die Internationale: „Wir schlagen 8 Arbeitsstunden als legale Schranke des Arbeitstages vor.“

Amerikanische Arbeiter

Bereits 1833 hatten Arbeiter in Philadelphia und 1847 in New Hampshire den Zehn-Stunden-Tag erkämpft. Im August 1866 forderte der Allgemeine Arbeiterkongreß zu Baltimore, der 60.000 Arbeiter vertrete, die gesetzliche Einführung des 8-Stunden-Tags. Zwar wurde der 8-Stunden-Tag zum ersten Mal im australischen Victoria erkämpft und zwei Jahre später erfolgreich gegen die Unternehmensvertreiter, jedoch ging der Kampf für den 8-Stunden-Tag von den US-amerikanischen Arbeitern aus.

Als Antwort auf die 1884 hereinbrechende Wirtschaftskrise und die damit verbundenen Angriffe der amerikanischen Kapitalisten auf Löhne und Arbeitszeit entstanden in allen großen Städten „8-Stunden-Verbände“. Ab 1. Mai 1886 streikten 20.000 Tabak- und Bauarbeiter einen Monat lang und erreichten Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverlust für 42.000 Arbeiter. 1888 setzte der neugegründete Gewerkschafts-dachverband AFL das Ziel bis zum 1. Mai 1890 den 8-Stunden-Tag zu erkämpfen. Durch einen erfolgreichen Generalsstreik im Mai 1890 wurde der 8-Stunden-Tag in 137 Städten, und ansonsten der 9-Stunden-Tag gewonnen!

Unter dem Eindruck dieser Bewegung beschloß der Gründungskongreß der II. (sozialistischen) Internationale 1889 in allen Ländern und Städten „eine große internationale Manifestation für die Erkämpfung des 8-Stunden-Tags und für internationale proletarische Solidarität“ durchzuführen. Hunderttausende von Arbeitern legten in verschiedenen Ländern die Arbeit nieder und strömten zu Kundgebungen.

Fortsetzung folgt

Brief von Monika Steinberg, Betriebsratsvorsitzende Kaufhof Mode und Sport GmbH, Remscheid, an den Kanzler:

„Ab 18.30 Uhr gehört MUTTI mir!“

„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kohl,

Als erstes möchte ich von Ihnen wissen, ob Gesetzänderungen zum Wohle aller sind, oder ob nur eine kleine Minderheit ihre Vorteile davon hat (...). Die überwiegende Anzahl der Beschäftigten im Einzelhandel sind Frauen und Mütter, das sollten Sie ja auch wissen. Reich es nicht, daß man jeden Samstag bis 14.00 sehen Mann steht und von der Familie getrennt ist, und einmal im Monat sogar bis 18.00 Uhr?

Bei fast allen Berufstätigen in anderen Berufsarten beginnt zum Vergleich das Wochenende schon freitags um 16.00 Uhr. Ist denn das Mehr an Freizeit und das Mehr an Lebensfreude für alle da, nur nicht für die Beschäftigten des Einzelhandels? (...)

Ihnen selbst ist ja wohl bewußt, daß man mit dem Arbeitsförderungsgesetz den Arbeitgeber Tür und Tor geöffnet hat, was die Zeiträume angeht, daß immer mehr vollbeschäftigte Arbeitsplätze abgebaut werden und immer mehr Teilzeittätige 4,5 Stunden am Tag arbeiten sollen, ebenso wie die 430-DM-Kräfte. Hat die Bundesregierung vor, so die Arbeitslosigkeit zu steigern? Es gibt eine sehr große Anzahl von Mitarbeitern im Einzelhandel, die auf Vollbeschäftigung angewiesen sind (...)

Wir, die Beschäftigten im Einzelhandel, werden das nicht einfach hinnehmen. Wir werden um unseren Feierabend jeden Tag ab 18.30 Uhr kämpfen. Der Slogan in der Industrie heißt: „Samstags gehört Vati mir“. Wir sind im Einzelhandel für den Wortlaut: „Ab 18.30 Uhr gehört Mutti mir“.

im Einzelhandel durchgesetzt werden kann, so werden die Arbeitgeber anderer Branchen unweigerlich nachziehen und flexible Arbeitszeiten einführen.

Kein Arbeiter oder Angestellte sollte glauben, daß dies zur „Individualisierung der Arbeitszeit“ führt, wie uns die Unternehmer glauben machen wollen. Solange die Unternehmer das Sagen haben, können solche Versuche nur zu ihren Gunsten ausgehen; der Arbeiter muß sich den betrieblichen Erfordernissen anpassen.

Alle abhängig beschäftigten Verbraucher sollen daher den Anfängen wehren und sich mit dem Kampf gegen die Änderung der Laden-schlusszeiten solidarisieren.

Längere Öffnungszeiten sind nur durchzuführen, wenn entweder Überstunden gefahren, Schichtarbeit eingeführt oder Aushilfen mit Stundenverträgen eingesetzt werden

Hände weg vom Ladenschluss

Die Parteien des Kapitals, insbesondere die FDP, wollen die Arbeitszeiten im Einzelhandel zu Lasten der Beschäftigten verändern. Einmal in der Woche soll es bis 21.30 Uhr einen sogenannten „Dienstleistungsende“ geben, an dem Geschäfte (und Behörden) länger geöffnet haben. Dieses angeblich „verbraucherfreundliche“ Vorhaben ist letztendes ein Angriff auf die Arbeitszeiten aller abhängig Beschäftigten.

Es paßt nahtlos in die Versuche der Unternehmer, die Arbeitszeit generell zu flexibilisieren — z.B. auch in der anstehenden Tarifauseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche im Metallbereich. Die Arbeitgeber im Einzelhandel wollen schon lange die sogenannte „kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit“ (KAPOVAZ) einführen, d.h. die Anpassung der Arbeitszeit an die Stoßzeiten im Geschäft, also der Arbeitnehmer auf Abruf. Wenn dies

VORAN

Landtagswahlen in Hessen

Bürgerliche Mehrheit verhindern - marxistische SPD-Linke aufbauen

Falls sich am 5. April in Hessen die Wahlergebnisse der Bundestagswahl wiederholen, dann haben die bürgerlichen Parteien die Mehrheit. Dies wäre eine historische Niederlage für die SPD, die in Hessen seit Jahrzehnten die Regierungsverantwortung hat.

Die rechte SPD-Ministerriege hat die Partei in diese schwierige Lage hineinmanövriert. Mit der Entlassung des grünen Ministers Fischers hat sie die rotgrüne Koalition platzen lassen. Damit wurde die Chance aufs Spiel gesetzt, in den Landtagswahlen dieses Jahres die schwarze Mehrheit im Bundestag zu brechen.

tenkommission unter Mitwirkung des Atomphysikers Klaus Traube (SPD) Möglichkeiten aufgezeigt, die Genehmigung zu versagen und bei einer erwarteten anderslautenden Anweisung des Bundesreaktor-Ministers Wallmann vors Verfassungsgericht zu ziehen.

Doch die SPD-Rechten in Regierung und Parteispitze schenken dies wenig zu kümmern. Mit seinem Brief an Wallmann schlug Wirtschaftsminister Steger eine auf 10 Jahre begrenzte Teilgenehmigung für die Verarbeitung einer Urmangmenge von 460kg Plutonium vor (die ohnehin auch jetzt schon dort verarbeitet wird). Wer selbst Teilgenehmigungen erteilen will, kann natürlich vor dem Verfassungsgericht dann schlecht gegen die Plutoniumwirtschaft zu Felde ziehen. Und in 10

Auslöser der Regierungskrise war das Tauziehen um die Plutoniumfabrik Alkem in Hanau. Die Beschuldigung der SPD in dieser Frage ist eindeutig. Der Nürnberger Parteitag entschied im August 86: „Mit der SPD gibt es keinen Einstieg in die Plutoniumwirtschaft.“ Die südwestliche SPD, die 2/3 der Mitgliedschaft in Hessen vertritt, beschloß im Sommer 86: Die Verarbeitung von Plutonium in den Hanauer Nuklearbetrieben wird noch 1986 unterbunden, in dem dem Antrag auf Brennelementfertigung bei Alkem abgelehnt wird.“

Der SPD-Landesvorstand Hessen erklärte: „Die weitere Verarbeitung von Plutonium bei Alkem ist nicht vertretbar.“ Noch bei den Koalitionsverhandlungen in Hessen hatte eine Exper-

Boycottiert die Volkszählung

Die „Volksanklärungskampagne“ läuft auf vollen Touren; die Regierung läßt es sich ehliges kosten: 38 Millionen DM. Kein Wunder — überall regt sich Widerstand. Nach vorläufigen Schätzungen haben sich bereits rund 350 Boykott-Initiativen gegründet.

Die Aufgaben des Bundesverfassungsgremiums zum Datenschutz sind auch im zweiten Anlauf nicht erfüllt. Zwar werden Name und Anschrift jetzt auf einem getrennten Mantelbogen erfaßt, doch wegen der Zuordnung zu den eigentlichen Fragebögen werden zunächst alle Daten gespeichert. Auf beiden Bögen steht eine Kennziffer (Ordnungszahlnummer), die ebenfalls eine Zuordnung ermöglicht. Außerdem haben in Frankfurt drei bis zehn Angestellte seiner Menge von 100.000 über die bestimmte Personen wiederzugeben. Die Zählstellen von der übrigen Bevölkerung des Bundes abgrenzen. Die Zählstellen nach Abschlüssen der Zähler-Rekrutierung (Zwangsverpflichtung, Heranziehung von Arbeitslosen und Sozialhilfempfangern, von Finanzbeamten und Sozialarbeitern, die die Informationen aus der Zählung dienstlich nutzen könnten, Herausgeben „unzuverlässiger“ Zähler) machen deutlich, daß es mit der „Sicherheit“ der Daten nicht allzuweit her ist.

Viele Leute haben ein berechtigtes Mißtrauen gegenüber dem Staat. Dieser Staat ist dazu da, die Kapitalinteressen einer kleinen Minderheit gegen die große Mehrheit der Bevölkerung zu verteidigen. Es ist völlig illusorisch zu glauben, daß die durch die Volkszählung gewonnenen Informationen zugunsten einer wirtschaftlichen Planung im Interesse der Bevölkerung genutzt würden. Die kapitalistische Konkurrenz macht eine gesamtwirtschaftliche

Planung unmöglich und das Profitprinzip bestimmt, was produziert wird — nicht die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen. Auch frühere Zählungen haben keine Verbesserung unserer Lebensbedingungen gebracht.

Die SPD hätte es in der Hand gehabt, durch ihre Ablehnung die Volkszählung ganz zu verhindern. Stattdessen ruft der seit dem Nürnberger Parteitag angeblich linkere SPD-Vorstand zur Teilnahme auf. Auch der Jusu-Bundesvorstand konnte sich offenbar nur zu einem „weichen“ Boykott-Aufruf entschließen.

Doch der Beschluß des Jusu-Bundesvorstandes von 1983 zielte auf den Boykott von Werra und Auer. An dem Freitag, dem 1. April, wurden die Argumente hat stimmung nicht mehr geändert. Alle Anträge in der Jusu-SPD und Gewerkschaften sind dahinter stehen. Die Gewerkschaften sind die Erfolgreichsten. Es gilt, in Zusammenarbeit mit den Boykott-Initiativen eine umfassende Anklärungskampagne mit Info-Ständen, Hausbesuchen, u.ä., zu starten und ein bundesweit einheitliches Vorgehen abzuspitzen. Auch sollten Rechtshilfe- und Solidaritätsfonds eingerichtet werden, um der einschüchternden Wirkung von Bußgeldrohungen und Gerichtsverfahren entgegenzuwirken.

Laßt uns dafür sorgen, daß die Volkszählung 1987 zum ersten Mal fall der wiedergewählten Regierung

F. Garvie, Köln
Jungsozialistin

Hinweis: Der nächste VORAN-Infodienst beschäftigt sich ausführlich mit der Volkszählung mit Berichten, Rechtstips und Aktionsvorschlägen. Er kann über die Redaktion bezogen werden.

Jahren soll die WAA in Wackersdorf fertig sein; der Plutoniumkreislauf wäre nahtlos geschlossen, der Herstellung „eigener“ Atombomben stünde nichts mehr im Weg.

Stegers Begründung: die Bundesrepublik hat sich vertraglich für 10 Jahre verpflichtet, das Plutonium zurückzugeben, das z.Zt. im französischen La Hague aus verbrauchten Brennelementen deutscher Kraftwerke herausgelöst wird. In diesem Zeitraum habe auch Alkem Zeit für Umstrukturierungsmaßnahmen, um die 600 Arbeitsplätze zu retten.

Doch es handelt sich hier um keine rechtliche Frage, sondern um eine Überlebensfrage für hunderttausende Menschen. Rein rechtlich gesehen „arbeitet Alkem ohnehin seit 12 Jahren nur mit einer „Übergangsgenehmigung“, eine gewerbliche Betriebserlaubnis besteht nicht, und nach heutigen Sicherheitsanforderungen dürfte der Hanauer Nuklear-Komplex überhaupt nicht existieren! (Dicht besiedelte Region, Lage in der Einflugschneise des Frankfurter Flughafens sowie von Militärflugplätzen, ohne daß die Betriebe auf Flugzeugabstürze ausgelegt sind!)

Aber alle Fakten und guten Beschlüsse ändern nichts, solange nicht die Macht der Atommafia durch Mobilisierung breiterer Schichten der Bevölkerung gebrochen wird. Dies ist auch die Schwäche der grünen Realos: durch ihre Regierungsteilnahme konnten weder Alkem noch z.B. Biblis stillgelegt werden.

Überlebensfragen

Auch der Gang nach Karlsruhe, ausgeklügelte ministerielle oder juristische Schachzüge ändern allein nichts an den bestehenden Macht- und Kräfteverhältnissen. Und die grünen Fundis wollen nicht begreifen: Ein solche umfassende gesellschaftliche Mobilisierung kann potentiell nur die SPD im Schutttrümmern mit den Gewerkschaften erreichen. Dazu sind klare Aussagen über eine Beschäftigungsgarantie an die betroffenen Arbeiter nötig, damit die Atommafia nicht Arbeitsplätze gegen Umweltschutz ausspielen kann, und die Gewerkschaften sich mit ihrer ganzen Kraft in diesen Kampf einreihen.

Solche Aussagen müßten umfassen: - Entienung und Übernahme der Hanauer Betriebe in staatliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle von Beschäftigten, Gewerkschaften und Staat - Arbeitsplatzgarantie während der

Umstrukturierung oder Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen/Weiterzahlung des vollen Gehalts aus den Profitten der ehemaligen Eigentümer - Umstellung der Energieversorgung auf umweltfreundliche Technologien/massive Ausgaben zur Erforschung alternativer Energien und Möglichkeiten zur Beseitigung der „atomaren Altlasten“.

Bei aller Bedeutung des Themas Alkem — es ist nicht das einzige Problem der arbeitenden Bevölkerung und der Jugend. Zwar hat die rotgrüne Koalition einige positive Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht (ein neues fortschrittliches Datenschutzgesetz, der Umstieg in die Abfallwirtschaft und flächendeckende getrennte Sammlung von Hausmüll, Kauf der Neue-Heimathausungen zum Schutz der Mieter), doch sind dies nur Tropfen auf den heißen Stein. Grundlegende Probleme wie Lehrstellenmangel, Arbeitslosigkeit, Umweltvergiftung, Verschuldung vieler Gemeinden, bestehen nach wie vor. In einem Bundesland allein können solche Probleme natürlich nicht abschließend gelöst werden. Aber man kann sehr wohl auch in einem Bundesland damit beginnen

wie ist ein solches Programm mit der jetzigen SPD möglich? Hier muß der linke Parteiflügel in die Verantwortung genommen werden. Er hat sich bisher — gerade auch in der Alkem-Frage — nicht eben mit Ruhm bekleckert. Obwohl die Parteibasis klare Alternativen sucht, hat sich der linke Flügel wieder einmal von den Rechten überfahren lassen: mit der Auflösung der Koalition, dem Durchsetzen Krollmanns als Nachfolger und dem Einschwenken der Partei auf Geschlossenheit im Wahlkampf.

Doch Geschlossenheit auf der Grundlage einer falschen Politik kann nur zu Stimmeneinbußen und Niederlagen führen. Die SPD muß sozialistisch erneuert werden. Dazu muß ein starker marxistischer Flügel aufgebaut werden, der mutig und konsequent für eine Abkehr von der bisherigen Politik und für sozialistische Mehrheiten eintritt. Dazu gehört auch, das Offenhalten von „Gesprächen“ und Koalitionen mit den Unternehmerparteien CDU und FDP bedingungslos zu bekämpfen.

Auf der Grundlage eines kämpferischen Programms ist eine absolute SPD-Mehrheit wieder möglich. Falls sie nicht erreicht wird, kom-



- die Ursachen dieser Probleme, die im kapitalistischen Wirtschaftssystem liegen, aufzuzeigen, und die Notwendigkeit einer sozialistischen Umgestaltung zu erklären - die Möglichkeiten auf Landesebene, insbesondere der hessischen Verfassung, zur Sozialisierung entscheidender Schlüsselbereiche der Wirtschaft zu nutzen - zusammen mit anderen SPD-regierten Bundesländern durch ein sozialistisches Programm und fortschrittliche Ansätze in der Landespolitik gegen die Kohl-Regierung zu mobilisieren.

men nur Gespräche mit den Grünen in Frage, deren positive Ansätze aufgegriffen und mit einer sozialistischen Perspektive verbunden werden müssen. Nur eine Partei mit sozialistischem Programm und konsequenter Führung, die in der arbeitenden Bevölkerung verankert ist, kann durch breite Mobilisierung die Macht des Kapitals brechen.

Darum am 5. April: SPD wählen und beim Aufbau eines starken marxistischen Flügels helfen. Denn mit Wählen allein ist noch nichts gewonnen. Wir müssen selbst für die Durchsetzung unserer Interessen aktiv werden.

Ich möchte

VORAN abonnieren
6 Ausgaben zu 9,60 DM

VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare in Kommission (Bezahlung erfolgt nach Verkauf)

ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab DM 20,-)

(Bitte nebenstehendes Adressfeld ausfüllen und einschicken.)

Postfach Essen, BfZ 360 100 43
Konto Nr. 2500 99-430
Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5 Köln



Ich möchte VORAN untersützen und bitte um weitere Informationen

Name

Anschrift

Einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln